

Wissen – Macht – Meinung

Demokratie und Digitalisierung

Die 20. Hannah Arendt Tage 2017

Herausgegeben von
Franziska Martinsen

108 Seiten · broschiert · € 18,90
ISBN 978-3-95832-148-9

© Velbrück Wissenschaft 2018

FRANZISKA MARTINSEN

Vorwort

Die 20. HANNAH ARENDT TAGE Hannover fanden im Oktober 2017 an unterschiedlichen Orten der Landeshauptstadt statt, unter anderem in der barocken Galerie in Herrenhausen, im Welfenschloss der Leibniz Universität Hannover, im frisch bezogenen Neubau der Volkshochschule, im Coworking/Maker Space »Hafven« sowie im Tagungszentrum im Schloss Herrenhausen. Aus den analogen Räumen wurden die verschiedenen Veranstaltungen von *Heise Online* im Livestream direkt ins Internet übertragen: Zum ersten Mal seit der Gründung der HANNAH ARENDT TAGE im Jahr 1998 wurde für die Statistik nicht nur die Anzahl der leibhaftig anwesenden Besucher*innen abgefragt, sondern auch die der »Klicks« im digitalen Netz – nie zuvor war die Reichweite der HANNAH ARENDT TAGE so groß. Zugleich blieb damit aber auch ein Großteil des Publikums virtuell. Um diese Dimension einer digitalen Öffentlichkeit in Gesellschaft, Kultur und Politik ging es bei den

HANNAH ARENDT TAGEN 2017, die sich unter dem Titel »Wissen – Macht – Meinung« dem Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung widmeten. Als Begleitveranstaltung wurde zudem im Museum Schloss Herrenhausen bis zum Frühjahr 2018 die interaktive Ausstellung der Nemetschek Stiftung »Geheimnis – Ein gesellschaftliches Phänomen« gezeigt, die ebenfalls ein Vortragsprogramm enthielt, in dem Aspekte einer sich verändernden »Kultur der Geheimhaltung« im Zeitalter der digitalen, globalen Öffentlichkeit thematisiert wurden.

Die Referent*innen beider Veranstaltungsprogramme setzten sich sowohl aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven als auch aus verschiedenen Blickwinkeln der politischen Praxis mit neuen Formen politischer Kommunikation und demokratischen Gestaltungsspielräumen im digitalen Zeitalter auseinander. Im Rahmen technologischer, sozialwissenschaftlicher, historischer und politiktheoretischer Zugänge reflektierten die Referent*innen sowohl die partizipationsfördernden Potenziale der Digitalisierung für eine tragfähige Demokratie als auch mögliche demokratiegefährdende Dynamiken. Dabei kamen sowohl erwartungsvolle als auch skeptische Stimmen, technikaffine und techniekritische Positionen zu Wort. Sie alle sind nun in dem vorliegenden Band versammelt und zeigen, wie kontrovers die Debatte zur Digitalisierung nach wie vor ist. Die Autor*innen des Bandes loten aus, welche Chancen das für einen raum- und grenzüberschreitenden Diskurs geradezu prädestinierte Internet bietet und welche Herausforderungen sich für politische Akteur*innen von der Kommune bis zum Bundestag stellen. Sie diskutieren, inwiefern das Netz – nicht zuletzt dank künstlicher Intelligenz – gemeinsame Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten zu erzeugen vermag und weisen wiederum ebenfalls darauf hin, dass das Versprechen auf digitale Teilhabe und Mitbestimmung vor dem Hintergrund der Intransparenz von Algorithmen möglicherweise ein Trugschluss ist und angesichts der Undurchsichtigkeit ökonomischer und rechtlicher Machtverhältnisse in der digitalen Sphäre demokratische Grundprinzipien verletzt werden.

Jeanette Hofmann gibt in ihrem Beitrag »Digitalisierung und demokratischer Wandel als Spiegelbilder?« zunächst zu bedenken, dass der Diskussion um die Frage, ob das Internet die Demokratie befördere oder eher behindere, häufig ein verzerrtes Bild zugrunde liege. Oftmals werde davon ausgegangen, dass die digitalen Medien die treibende Kraft in einer ansonsten passiven Gesellschaft darstellen und dass die Demokratie ein statisches Gebilde sei, das durch die neue Technologie erschüttert werde. Hofmann hält dagegen, dass die Demokratie ebenso wie das Internet Produkte gesellschaftlicher Dynamiken sind und dass der Erkenntnisgewinn der Politischen Theorie genau darin liegt, Demokratie ebenso wie die sich gegenwärtig zunehmend digitalisierende Gesellschaft als ein offenes Projekt der Transformation zu fassen. Die Autorin plädiert

dafür, das Digitale nicht als etwas Unbekannt-Bedrohliches, sondern als einen Spiegel zu lesen, der uns den Wandel von Politik zeigt. Mit Hannah Arendt sei davon auszugehen, dass die politische Welt über die Vielstimmigkeit der Erzählungen entsteht und dass diese Vielstimmigkeit verstärkt in der digitalen Sphäre zu vernehmen ist.

In seinem Beitrag »Demokratie digital: Gestaltungswille und Gestaltungsanspruch der Politik« spricht sich auch *Lars Klingbeil* dafür aus, die Verheißungen des Internets weder unkritisch zu überhöhen noch sie als Gefahren zu dämonisieren. Der auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinende Befund, dass das Internet durchaus einen gemeinsam erzeugten öffentlichen Raum bietet, in dem Individuen sich im Arendt'schen Sinne als Freie und Gleiche begegnen und im selben Maße Betroffene der Manipulationen durch Fake News, Trollfabriken und Meinungsroboter werden können, fordere die Gesellschaft erst recht zu einer gründlicheren Selbstreflexion auf. Als Politiker an der Praxis orientiert, unterbreitet Klingbeil vor allem Vorschläge zur Umsetzung von Maßnahmen für eine politische Gestaltung des öffentlichen Diskurses im Netz.

Ein Anwendungsfeld für digitale Technologien in der Kommunalpolitik könnten automatisierte wissensbezogene Dienstleistungen darstellen, die durch Künstliche Intelligenz (KI) ermöglicht werden. *Mike Weber* stellt in seinem Beitrag »Die vollautomatische Kommune« das Entlastungspotential für Stadt- und Kommunalverwaltungen in Bezug auf behördliche Routinevorgänge vor. Durch die algorithmische Unterstützung könnten beispielsweise die Verarbeitung und Vermittlung gesprochener Sprache beschleunigt und damit Abläufe im Verwaltungsalltag erleichtert werden. Weber kontrastiert die mit dem KI-Einsatz verbundenen Potentiale mit den entsprechenden Herausforderungen für Verwaltung und Politik am Beispiel einer für die Bürger*innen kaum mehr spürbaren, weil reibungslosen Verwaltung.

Dass Behörden Daten bis zu 120 Jahre sperren lassen, wie jüngst im Zusammenhang mit dem Prozess zu den Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zu erfahren war,¹ veranlasst zu der Frage, inwiefern die Geheimhaltung von Akten über lange Zeiträume hinweg in liberal-demokratischen Rechtsstaaten als legitimierbar anzusehen ist. In seinem Beitrag »Geheim! Macht und Ohnmacht der Archive in der demokratischen Gesellschaft. Zur gesetzlichen Absicherung archivischer Funktionen« thematisiert *Clemens Rehm* die Rolle von Whistleblower*innen und Rechercheergebnissen z.B. im Rahmen von Wikileaks und diskutiert Optionen des Umgangs mit der Archivierung von Informationen im digitalen Zeitalter.

1 Vgl. Thomas Moser: <https://www.heise.de/tp/features/Verfassungsschutz-will-NSU-Bericht-fuer-120-Jahre-wegschliessen-3772330.html> Heise vom 16.07.2017 [abgerufen am 27.01.2018].

In seinem Beitrag »Wir prägen die digitale Evolution: Ein neues Lebensgefühl entsteht« nimmt *Kurt Schneider* eine explizit entspannte Haltung zu digitalen Technologien ein und erinnert daran, dass nicht Algorithmen per se manipulativ sind, sondern es vom menschlichen Umgang mit ihnen abhängt, welche Wirkungen sie auf gesellschaftliche und politische Prozesse haben. Eine kritische Prüfung ihres Einflusses auf die Lebenswelt sei sicherlich unabdingbar, gleichwohl betont Schneider, dass sich algorithmische Prozesse im Netz aus der Perspektive der Informatik quasi als demokratisches Anwendungsfeld im Kleinen darstellen. Auf die aktive Mitgestaltung der Technologien komme es an. Und so lädt er die Leser*innen ein zu einem Spaziergang durch die Wunderwelt der Algorithmen, die sich in Küche, Haushalt und im Auto für Nutzer*innen durchaus als hilfreiche Unterstützung und bei genauerem Hinsehen längst als selbstverständlich herausstelle.

Auch *Oliver Bendel* thematisiert in seinem Beitrag »Die Spione im eigenen Haus«, dass die Grenzen zwischen privaten und öffentlichen Räumen durch die Digitalisierung längst verwischt sind. Auditive Systeme, die das Alltagsleben, z.B. beim Einkaufen, bei der Regulation von Energiesystemen oder der Erlangung von Informationen, erleichtern, können ebenso zum Ausspionieren der Privatsphäre dienen. Nicht mehr so sehr in Form von Wanzen und geheimdienstlichen Abhörvorrichtungen, sondern vor allem in Form von Alltagsgeräten, die mittlerweile als teilweise unverzichtbar gelten, sowie in Spielzeugen finden wir bereits Ohrenzeugen unseres Lebens vor, die George Orwells 1984 Wirklichkeit haben werden lassen. Hier besteht grundsätzlicher ethischer und politischer Diskussionsbedarf über die Herausforderungen für einen öffentlich legitimierte Umgang mit der digitalen Informationstechnologie.

In *Matthias Spielkamps* Beitrag »Fake News« sind Fake News. Über automatisierte Meinungsmache und Urteilskraft« wiederum geht es um die Frage, wie die globale Gesellschaft die vielfältigen Manipulationen durch »Fake News« in den Griff bekommen kann. Spielkamp spricht sich dabei zunächst für mehr Gelassenheit, aber auch für mehr Sorgfalt im öffentlichen Diskurs aus. Auf der einen Seite sollte die öffentliche Debatte akzeptieren, dass »Fake News« ein Bestandteil menschlicher Interaktion sind. Falschmeldungen würden nicht erst durch das Internet erzeugt, sie traten auch schon vorher auf. Vielmehr komme es darauf an, Falschmeldungen sorgfältig zu prüfen und zu widerlegen. Dieser Kampf sei eine der dringenden Aufgaben der gegenwärtigen Demokratie.

Für die Bekämpfung von algorithmenbasierten ökonomischen und politischen Machtasymmetrien ist sicherlich mehr kritische Urteilskraft der Einzelnen erforderlich. *Constanze Kurz* fragt in ihrem Beitrag »Die wundersame Datengläubigkeit – Daten und IT-Sicherheit heute« entsprechend danach, wie Bürger*innen die politische Macht über die Datenhoheit erlangen können, und gibt für die Praxis einige Empfehlungen für

Maximen, mit deren Hilfe eine »menschfreundliche digitale Zukunft« gestaltet werden kann. Sie fordert unter anderem, dass grundsätzlich alle Betroffenen selbst über die Weitergabe und Verwendung von Daten entscheiden können müssen. Hierzu müsse eine demokratische Politik das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Menschen respektieren – und zwar sowohl in Bezug auf die digitale als auch auf die nicht-digitale Sphäre. Es werde leicht übersehen, dass immer noch gut ein Drittel der Gesellschaft nicht permanent online ist.

Die wohl skeptischste Haltung der an den HANNAH ARENDT TAGEN 2017 beteiligten Referent*innen gegenüber den Versprechungen der Digitalisierung kommt vor allem in *Yvonne Hofstetters* Beitrag »Digitale Revolution, gesellschaftlicher Umbruch: Eine Technikfolgenbewertung« zum Ausdruck. Sie kritisiert die freiwillige Unterwerfung einer großen Anzahl von Menschen unter die totale Überwachung durch iCloud, Alexa, Google Home, Facebook etc. Sensoren, mathematische Analysemodelle und autonome Kontrollmechanismen seien integraler Bestandteil unserer Existenz geworden, die nicht mehr nur physisch, sondern auch digital ist. Auch Hofstetter stellt eine dringende Forderung an die Politik: die Verteidigung der Grundrechte der Person, ihrer Würde und vor allem ihrer Freiheiten auch in Zeiten der digitalen Transformation. Die Freiheit auf digitale Abstinenz, die nicht zu Diskriminierung führen darf, sei ihrer Auffassung nach nichts weniger als die demokratische Alternative zur digitalen Partizipation.

Der diesjährige Band zu den HANNAH ARENDT TAGEN Hannover 2017 enthält einen Appendix mit der Laudatio von Oberbürgermeister a.D. Dr. h.c. Herbert Schmalstieg zu Ehren eines der Gründungsmitglieder der HANNAH ARENDT TAGE Hannover: Prof. Dr. Detlef Horster, der die Veranstaltungsreihe 1998 mitgegründet und in den Jahren 2003–2017 Herausgeber der beim Verlag Velbrück Wissenschaft erscheinenden Sammelbände war, ist im Oktober 2017 aus dem Kuratorium der HANNAH ARENDT TAGE aus Altersgründen ausgeschieden. Alle, die im Verlauf der letzten 20 Jahre mit ihm zusammengearbeitet haben, werden ihn aufgrund seines außerordentlichen Engagements für das Gedenken an die berühmteste Tochter der Stadt Hannover dankbar in Erinnerung halten.